Posener Zeitung.

№ 269. Freitag den 17. November. 1848.

Inland.

Berlin, den 15. Nov. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Geheimen Ober-Finanzrath S. Rabe zum Direktor der Abtheilung für das Kassen- und Etatswesen im Finanz-Ministerium zu ernennen.

⊙ Jarocin, den 13. Nov. Der gestrige Tag war ein Tag der Freude für alle Protestanten des Kreises Pleschen, denn an ihm erhielt unser neu erbautes Gotteshaus die Weihe, und finden wir die Freude der Bewohner hiesiger Gegend um so natürlicher, als der frühere Betsaal im Rathhause schon lange nicht mehr für das Bedürfniß ausreichte, auch ein nicht kleiner Theil sehr oft Anstoß daran nahm, daß das Haus zugleich für andere Zwecke verwendet wurde, wie z. B. zur Zeit der Insurrektion, wo die polnischen Scharfschützen (?!) ihre Hauptwacht im Rathhause hatten, und sich nicht entblödeten durch Poltern rc. ihre Anwesenheit zu erkennen zu geben, und dadurch die Andacht störten. Der Zug bewegte sich vom Markte aus nach der Kirche, und vor dieser angekommen, nahm der Landrath v. Suchodolski bei Uebergabe des Schlüssels an den Bischof Dr. Freimark, Veranlassung zu erwähnen, wie stürmisch die Zeit gewesen war, in der der Bau vollführt wurde, und hatte sich dies gewissermaßen schon bei der Grundsteinlegung gezeigt. Sie fand nämlich am 25. Mai v. J. unter einem fürchterlichen Regen statt. — Die Kirche war mit Kränzen geziert; Bischof Dr. Freimark hielt die Einweihungsrede, die Liturgie ein uns unbekannter Geistlicher. — Da die Ausführung einer Motette durch das Nichtworthalten der Stabsmusik zu Pleschen unterbleiben mußte, so wurde bloß die Liturgie vierstimmig und wie nicht zu leugnen, mit einer gewissen Eleganz vorgetragen, wobei sich auch die Sänger der hiesigen Garnison bethätigten. — Pastor Kühn hielt nun die Kanzelrede, worin er sich über die Bedeutung der kirchlichen Gegenstände ausließ, und gegen die Gemeinde die Hoffnung aussprach, daß sie nun im Glauben noch mehr erstarken werde. Die Rede sprach sämmtliche Zuhörer sehr an. Nach Beendigung des Gottesdienstes begaben sich gegen 40 Personen, ohne Unterschied des Ranges, zu einem Mittagessen. Ein Toast wurde auf den König, ein anderer auf die Verbrüderung des Militairs mit dem Volke ausgebracht.

♀ Berlin, den 13. Nov. Bemerkenswerth ist die Thatsache, daß sich unter den ausgeschiedenen Mitgliedern der Kammer 40 Juristen befinden. (Man kann nur wünschen, daß diese ihre Motive zum Austritt mit ausführlich juridischen Gründen veröffentlichen.) Gestern Abend ist der Belagerungszustand proklamirt worden, denn wie voraus zu sehen, wurden die Waffen der Bürgerwehr nicht abgeliefert; überdieß mußte man den Belagerungszustand eintreten lassen, um es durchsetzen zu können, daß die Kammer sich nicht versammle. Bis jetzt merkt man nichts von veränderten Zuständen, denn nach wie vor stehen trotz des Verbots große Haufen Menschen zusammen, sogar Plakate giebt es, wenn auch in geringerer Zahl als sonst wohl. Die Versammlung hat gestern Abend eine Sitzung gehalten und darin den Belagerungszustand für ungesetzlich erklärt, dies auch durch Plakat bekannt gemacht. Auch heute früh hat sie sich abermals versammelt, und gedenkt sich nach Schwedt zu begeben. Wie wir hören, soll es im Werke sein, verschiedene Mitglieder der Versammlung, unter ihnen auch Herrn Unruh, zu verhaften. Ohne Zweifel wird dieser Schritt die Aufregung sehr vermehren, und doch ist nicht zu leugnen, daß es die einfache Consequenz der Maßregeln ist, welche die Regierung zuerst ergriffen, auch scheint es uns richtig, die Sache zur Entscheidung vor die Gerichte zu bringen. Alles kommt in diesem Augenblick darauf an, wie sich die Provinzen aussprechen; das Bedenkliche dabei ist nur, daß man nicht geneigt ist, den Versicherungen der Krone, daß die versprochenen Freiheiten in keiner Weise geschmälert werden würden, Glauben zu schenken, und man darf es dem Volk nicht verargen, da Männer wie Herr v. Manteuffel im Ministerium sitzen. Wir für unsere Person glauben, daß der König seine wiederholten Versicherungen halten will und wird, und wünschten nur, daß statt der jetzigen, allgemein beliebte Minister mit Ausführung der für nothwendig erachteten Maßregeln beauftragt worden wären.

Berlin den 14. November. Der Preuß. Staatsanzeiger enthält folgende, wie es scheint, halbamtliche Erklärung: Das Verfahren der Regierung in den letzten Tagen ist Gegenstand vielfacher Angriffe gewesen. Verfolgen wir dies Verfahren mit ruhig prüfendem Blick Schritt für Schritt und bilden wir dann unser Urtheil.

Die Regierung sprach die Verlegung und die damit nothwendig verbundene Vertagung der bisher in Berlin vereinigten National-Versammlung aus. Die Krone glaubte dabei, wie in der diesfälligen Botschaft unumwunden gesagt war, im Interesse der Versammlung, im Sinne des Landes und in ihrem eigenen guten Rechte zu handeln. Eine Mehrheit der Versammlung erkannte dies nicht an, und machte diese ihre Ansicht sofort dadurch geltend, daß sie sich, der Königlichen Botschaft zuwider, selbstständig konstituirte. Konnte die Regierung nun die ausgesprochene Vertagung zurücknehmen? Sie konnte es nicht; denn selbst wenn sie unter Umständen auch von ihrer früheren wohlerwogenen Entschließung hätte zurückkommen wollen, so wurde ihr dies doch völlig unmöglich gemacht durch die ihre Berathung fortsetzende Fraction der National-Versammlung selbst, welche, weit entfernt, den Weg einer Verständigung auch nur zu versuchen, zu den extremsten Beschlüssen sich hinreißen ließ, die Räthe der Krone als Hochverräther bezeichnete, gleichsam als Konvent sich konstituirte, Regierungsrechte sich anmaßte u. s. w. Solchen Ausschreitungen gegenüber nachzugeben, wäre sträfliche Schwäche gewesen, als Pflicht der Regierung mußte es vielmehr erkannt werden, derartigem Beginnen zu wehren. Aber die zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung berufene Bürgerwehr versagte hierzu nicht nur ihren Dienst, sondern stellte sich sogar den versammelt gebliebenen Abgeordneten zur Disposition. Die Regierung mußte daher ihre Macht in der Stadt verstärken; dies that sie, indem sie Truppen heranzog. Am Mittag den 11. d. M. hielten sie frei und öffentlich ihren Einzug in die Stadt und wurden von der Mehrzahl der Bürger mit Freude und Freundlichkeit empfangen. Man erwartete, daß nun die Versammlung und die Bürgerwehr anderen Sinnes werden würden, allein diese Hoffnung täuschte. Die Bürgerwehr umstellte das Sitzungslokal und wich auch dem anrückenden Militair nicht. Am folgenden Tage, als das Sitzungslokal der National-Versammlung den Nichtberechtigten verschlossen ward und Letztere im Schützenhause zusammentraten, stellte sich wiederholt die bewaffnete Bürgerwehr zu ihrer Disposition. Da konnte die Nothwendigkeit nicht verkannt werden, dieses Corps, welches in einigen Fällen sich unleugbare Verdienste erworben, doch in der letzten Zeit sowohl durch Unterlassungen wie durch Handlungen schwere Schuld auf sich geladen, in Gemäßheit des Gesetzes aufzulösen. Dies ist in möglichst milder Weise geschehen. Aber, so hört man, die Abnahme der vom Staate gelieferten Waffen hätte unterbleiben sollen, hierin lag eine unnöthige Härte. Waren denn aber die Waffen Eigenthum der Einzelnen oder waren sie der Bürgerwehr übergeben? Doch wohl Letzteres, und wie wäre es zu rechtfertigen gewesen, die Waffen nach Auflösung der Bürgerwehr Privatleuten zu überlassen, welche ohne dienstliche Vorgesetzte jeder Kontrolle entzogen sind und beim Tragen der Waffen sich den äußersten Gefahren aussetzen könnten? Ueberdies mußte die Befürchtung entstehen, daß ein erheblicher Theil der Waffen in die Hände solcher Personen übergehen könne, welche nur zu geneigt sein möchten, davon den gefährlichsten Mißbrauch zu machen. Die angeordnete Ablieferung der Waffen ward indeß höchst unvollständig bewirkt; überdies nahm ein Theil der Bevölkerung eine drohende Stellung an, offenbar aufgeregt durch das Verfahren der sich als National-Versammlung 'gerirenden Abgeordneten, in deren Namen Plakate verbreitet wurden, worin Beamte für den Fall, daß sie die Befehle ihrer Vorgesetzten ausführten, mit der Strafe des Landesverraths bedroht wurden.

Eine Regierung, welche einen solchen Zustand geduldet hätte, würde ihre Aufgabe und ihre Pflicht gegen das Land verkannt haben; es blieb ihr nichts weiter übrig, als den Belagerungszustand zu erklären und auf diese Weise ihrer Pflicht gemäß Schutz des Eigenthums und Sicherheit der Person wahrzunehmen.

Hoffen wir, daß durch dieses gesetzmäßige und energische Auftreten der Regierung es gelingt, dem anarchischen Treiben in der Hauptstadt ein Ende zu machen, welches die sehnlich erwartete dauerhafte Begründung der constitutionellen Freiheit des Landes so lange verzögert hat.

CC Berlin, den 19. November. Das nach allen Seiten hin verbreitete Gerücht, die Truppen hätten auf einzelnen Punkten den Gehorsam verweigert, erweist sich nach sorgfältig eingezogenen Erkundigungen, wie wir auch nicht anders vermutheten, als durchaus falsch. Es stellt sich im Gegentheil heraus, daß gerade das 24. Regiment, welches den demokratischen Einflüssen am meisten ausgesetzt gewesen, und welches man größtentheils für das Volk gewonnen glaubte, am rücksichtslosesten verfahren ist. Wie begierig nach jedem Scheingrunde gegriffen wird, die Disciplin der Soldaten zu verdächtigen, geht unter andern aus dem Umstande hervor, daß ein vom Urlaub zurückkehrender Soldat, der sich ohne Waffen auf der Straße als eingetroffen meldete, den Vorwand zu dem Gerüchte abgeben mußte, die Vierunzwanziger hätten ihre Gewehre weggeworfen. Ueberhaupt leben wir jetzt nur von Gerüchten. Bald soll auch Potsdam, bald Magdeburg in Belagerungszustand erklärt sein. Bald sollen die Stettiner der Familie Wrangel's sich bemächtigt haben, und sie als Geißeln für sein Benehmen in Berlin festhalten, bald soll Sanssouci in Flammen stehen u. s. w. Tante Voß trägt ehrlich zur Vermehrung solcher mehr als unsicheren Gerüchte bei. Sie will sogar bestimmt wissen, daß der Prinz von Preußen einen öffentlichen Protest gegen die Maaßnahmen seines Bruders einlegen werde, gewiß eine unvergleichliche Ente! Aber einige Thatsachen kann ich Ihnen doch mittheilen. Gestern Abend wurde der Abg. Referendar Schramm verhaftet, als er eben eine von ihm im Namen des demokr. Clubs verfaßte Proklamation an das Militair vertheilen wollte. Ebenso sollte der Kammergerichts-Assessor Wache wegen einer Bekanntmachung, welche die einzelnen §§. der Verordnung über den Belagerungszustand persiflirte, verhaftet werden, er ist aber bis diesen Augenblick nicht zu erreichen gewesen. Von den gestern in Bernau angehaltenen Stettinern sind 12 nach Berlin gelassen und haben sich nach einer Unterredung mit Wrangel sofort nach Potsdam begeben; um eine Audienz beim Könige zu erhalten. Hier, haben sie dem Hofmarschalle erklärt, nicht eher vom Platze weichen zu wollen, bis sie eine Audienz erhalten hätten. Aus allen bedeutenden Städten langen Adressen an die Nationalversammlung an, welche ihrem Verhalten Beistimmung geben; bis jetzt sind es einige 90 Städte, welche durch ihre Behörden diese Zustimmung ausgesprochen, unter ihnen Potsdam, Brandenburg, Halberstadt, Magdeburg, Cöln, Frankfurt, Stettin, Breslau rc. Mehrere der einberufenen Stellvertreter sind bereits eingetroffen und haben ihre Plätze eingenommen. Auch Harrassowitz hat heute seinen Sitz für den Teltower Kreis eingenommen. Dagegen wird Grabow vorläufig aus der Versammlung wegbleiben, er hatte versprochen Theil zu nehmen an den Sitzungen, wenn die Versammlung nicht aggressiv würde; da sie nun aber gegen das Ministerium gestern wirklich vorgeschritten ist, so darf auf seine Rückkehr nicht gerechnet werden. Der Reichs-Kommissair Bassermann wird morgen über Magdeburg nach dem Sitze der Centralgewalt zurückkehren. Am meisten wird hier das durch denselben in Aussicht gestellte Einrücken hannoverscher Truppen besprochen. Heute Morgen wurde die Nationalversammlung auch in Mylius Hotel aufgesucht aber nicht gefunden. Wache soll, wie man uns eben erzählt, verhaftet sein.

Berlin, den 14. Nav. Die Deutsche Reform berichtet: Das Polizei-Präsidium hat es abgelehnt, die hier erscheinenden Blätter zu censiren: damit fällt für den Augenblick der Grund fort, der das Erscheinen der Deutschen Reform gestern und heute verhinderte. Unsere Abonnenten haben nunmehr ein Recht darauf, unser Blatt zu erhalten, und wir die Pflicht, es erscheinen zu lassen; doch müssen wir uns während des Belagerungszustandes für die hiesigen Ereignisse auf die einfache Mittheilung der Thatsachen beschränken.

— Heute Mittag (am 14. Nov.) waren 238 Abgeordnete im Kölnischen Rathhause versammelt; die Sitzung dauerte bis 3 Uhr. Sieben neue Abgeordneten

waren zugetreten, darunter Assessor Junker als Stellvertreter Riedels (Kreis Nieder-Barnim), ohne Legitimationspapiere, die ihm der Landrath des Kreises verweigert hatte; sodann Woeniger an Stelle des Revisionsrathes Jonas aus Berlin; Moeves war von seinem Urlaub zurückgekehrt; Fretzdorf aus Stettin stellte sich gleichfalls ein. — Präsident v. Unruh, der dem Gouverneur v. Thümen Anzeige von der stattfindenden Sitzung gemacht hatte, theilte mit, daß der Abgeordn. Schramm (Striegau) verhaftet und eine große Anzahl beipflichtender Adressen eingelaufen sei, darunter die der städtischen Behörden in Köln und Potsdam. Schneider und Plönnies berichteten über den gestrigen Vorgang im Schützenhause, von wo sie durch Soldaten mit großer Schonung herausgeführt wurden, nachdem sie erklärt hatten, daß sie und Hildenhagen nur der Gewalt wichen. Grün ward zum Sekretair der Versammlung ernannt. Außer den Beiträgen, die durch die National-Ztg. gesammelt worden, weist Zacharias der Versammlung 2000 Thlr. an. Im Ganzen soll man auf 263 Abgeordnete zählen, von denen heute 238 beisammen waren; unter den Mitgliedern des Hotel de Russie sind etwa 12, auf die nicht mit Sicherheit gerechnet wird. In der morgenden Sitzung, die 11 Uhr im Rathhause stattfindet, soll die Steuerverweigerung berathen werden.

— Auszug aus einem Schreiben des Reichs-Minister Schmerling an den Königl. Bevollmächtigten Camphausen: „Daß der Zustand in Berlin ein solcher ist, wie er die sorgliche Aufmerksamkeit der Centralgewalt nicht blos auf sich ziehen kann, sondern auf sich ziehen muß, wenn anders diese nicht den Einfluß Berlins auf das übrige Deutschland und seine Pflichten außer Acht lassen wollte, wird leider von Niemanden in Abrede gestellt — — — — — Alle die, welche auf einen völligen Umsturz aller Verhältnisse in Deutschland hinarbeiten, richten, nachdem in Frankfurt a. M. ihre Pläne gescheitert und sie aus Wien bereits die Flucht ergriffen, ihre Hoffnungen und Bestrebungen nur lediglich auf Berlin. Hier glauben sie den besten Boden für ihre Arbeit zu finden, hier versammeln sich die Mitglieder der äußersten Linken aus den verschiedenen Deutschen Landes-Versammlungen; hier stellt sich der Congreß aller demokratischen Vereine unter den Schutz des Volks und glaubt öffentlich erzählen zu dürfen, an welchem Tage er bereit war, das Zeichen zum gewaltsamen Aufruf zu geben. „„Wendet alle eure Hoffnungen nach Berlin““ — schreibt Arnold Ruge in einem offenen Briefe vom 14. Oktober an seine Wähler; „„ihr wißt““, fährt er fort — „„daß ihr hier eine Stimme habt, die ins Gewicht fällt!““ In Berlin ist's, wo ganze Kompagnieen der Bürgerwehr in öffentlichen Anschlägen das Lob des Königs zurückweisrn, wo man die bekränzten Särge der Aufrührer öffentlich als die „Opfer der Reaction“ gleich glorreichen Märtyrern zur Schau ausstellt, wo die gesetzlich bewaffnete Bevölkerung der Stadt dem Trauerzuge dieser Empörer in größerer Anzahl folgt, als den Särgen der in Vertheidigung des Gesetzes gefallenen Bürger; wo endlich, auch in den letzten Tagen wieder, die Abgeordneten beim Austritt aus ihrem Berathungs-Saale am hellen Tage und auf offener Straße mit Vorzeigung von Todeswerkzeugen bedroht und sogar zeitweise durch Vernagelung der Thüren gefangen werden. — Wo ein solcher Zustand, während dessen zugleich eine verführerische und gefährliche Einwirkung auf das Militair aus allen Kräften fortbetrieben wird, andauert, da wird wohl eine fürsorgliche Maßregel der Centralgewalt von Deutschland, das Bereithalten eines Vollmachtträgers für den möglich rasch eintretenden Fall, nicht erst eine ausführliche Rechtfertigung verlangen, und bedurfte das Reichs-Ministerium für seine Ansicht der Dinge in Berlin einer Bestätigung, so fände sie dasselbe in den wiederholt ausgesprochenen bangen Befürchtungen patriotischer Preußischer Bürger und Staatsmänner. Frankfurt a. M., den 8. November 1848.

(gez.) Schmerling.

— Durch Bekanntmachung des Generals Wrangel vom gestrigen Tage wird der Anschlag, so wie jede andere Art der Veröffentlichung und Verbreitung von Plakaten und Flugschriften während des Belagerungszustandes bei Vermeidung gerichtlicher Bestrafung untersagt. Ausgenommen sind allein obrigkeitliche Bekanntmachungen, Anzeigen von öffentlichen Vergnügungen, Auktionen, Verkäufen, gefundenen oder verlornen Sachen.

Ein großer Theil der Schulen hat seit dem Beginn des Belagerungszustandes von Berlin die Klassen geschlossen.

Magdeburg, den 14. Nov. Die Stadtverordneten-Versammlung hat einen Aufruf erlassen, welcher mit den Worten beginnt: Mitbürger! das Vaterland ist in Gefahr! Die Versammlung sagt, daß der König die Nation aufgefordert habe, sich auszusprechen, die Stadtverordneten-Versammlung sei diesem Ruf gefolgt, und habe eine den Schritten der National-Versammlung beipflichtende Adresse beschlossen, der beizutreten sie sämmtliche Gemeinden der Provinz auffordern.

Der Vorstand des Central-Kriegervereins erklärt ebenfalls in einer Adresse, daß das Ministerium die unermeßliche Mehrheit der Nation gegen sich habe, und Se. Maj. der König gebeten werde, ohne alles Säumen, da jedes Säumen Gefahr bringe, dieses Ministerium zu entlassen. Die Bürgerwehr erklärt sich in kurzen Worten für die Nationalversammlung. — Die an der Eisenbahn liegenden Kasematten und ein Blockhaus an der Berliner Bahn werden mit Truppen belegt. Die Eisenbahnverwaltung ist angewiesen, keine Zuzüge von Bewaffneten zu gestatten. Der letzte Theil der Zeitung ist mit Adressen, meist von dem Lande, gefüllt, die sich alle für die Nationalversammlung erklären. Ausgezeichnet sind davon die Erklärungen aus Burg und Halberstadt. Fast überall gehen Magistrat und Stadtverordnete Hand in Hand.

Aachen, den 12. Nov. Heute Vormittags hat der hiesige „Volksverein“ in außerordentlicher Sitzung, zu welcher alle Bürger Aachens eingeladen waren, und wo in Folge des starken Besuches das geräumige Lokal viel zu klein war, durch Acclamation erklärt: „daß der Volksverein und die anwesenden Bürger Aachens mit den Beschlüssen der Nationalversammmlung vollständig einverstanden seien und daß sie, im Falle der Noth, dieselben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen würden.“ Darauf wurde auf den Antrag eines Bürgers beschlossen, eine Commission aus sechs Mitgliedern zu wählen, welche die waffenfähige und waffenlustige Bevölkerung Aachens, die noch nicht der Bürgerwehr eingereiht sei, aufzufordern hätte, derselben beizutreten und sich in den Waffen zu üben, um nöthigen Falls Gewalt gegen Gewalt stellen zu können. Um 3 Uhr Nachmittags hält die Bürgerwehr auch eine außerordentliche Versammlung.

Coblenz, den 12. Nov. Gestern gegen Abend wurde ein von allen hiesigen Blättern mitgetheiltes Schreiben unseres Abgeordneten Raffauf an den Straßenecken angeschlagen, Seitens des Festungs-Commando's aber sofort der Befehl ertheilt, dasselbe zu beseitigen. „Sind wir — sagt die „Rhein- u. Mosel-Zeitung,“ der wir dies entnehmen — vielleicht schon, ohne es zu wissen im Belagerungszustande, oder erblickt die Commandantur in dieser Mittheilung einen direkten Umsturz der Monarchie?“ — Heute oder morgen sehen wir dahier einer Volksversammlung entgegen, bei welcher die wichtigen Nachrichten aus Berlin besprochen werden sollen. Es haben zu diesem Zwecke die beiden hier bestehenden Vereine, der politische Club und der demokratische Verein, sich vereinigt, um die Leitung der Versammlung zu übernehmen.

Köln, den 11. Nov. In einer heute Nachmittags gehaltenen, zahlreich besuchten Volksversammlung wurde folgende Adresse an die Nationalversammlung in Berlin beschlossen: „Die unterzeichneten Bürger Kölns erklären, daß sich die Versammlung zur Vereinbarung der Preußischen Verfassung durch den am 9. d. M. gefaßten Beschluß: der Krone nicht das Recht zuzugestehen, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen, — den Dank des Volkes verdient habe, daß die Unterzeichneten diesem Beschlusse ihre volle Zustimmung geben und durch alle ihnen zu Gebote stehende Mittel dahin wirken werden, demselben Geltung zu verschaffen.

Bückeburg, den 12. November. Unser Fürst hat dem Landtag anzeigen lassen, daß, wenn man ihm eine Civilliste aussetze, er und der Erbprinz auf die Regierung verzichten würde.

— Durch das neue Jagdgesetz im Königreich Preußen hat unser Fürst von Bückeburg sehr bedeutende Verluste erlitten, indem er unter Andern noch vor einigen Jahren eine Jagd, auf Preußischem Gebiete, vom Geheimen Rath Winkelmann in Minden für 5000 Thlr. ankaufte, die er nun ganz verloren hat. Man glaubt hier, daß die auf Preußischem Gebiet am rechten Weserufer gelegenen Ortschaften Wietersheim, wo Baron v. Schlottheim seine Besitzung hat, und Windheim, nächstens dem Königreich Hannover einverleibt werden.

Hannover, den 12. Nov. (K. Z.) Die hier erscheinende „Volks Ztg.“ erzählt: Reisende, welche ein in Bremerhafen vor Anker liegendes amerikanisches Kriegsfahrzeug besuchten, haben von dem Befehlshaber desselben, der sich mit ihnen freundlich unterhielt, erfahren, daß er wegen des bald bevorstehenden Eisganges in der Weser Bremerhafen binnen Kurzem verlassen müsse, um in einem südlicheren Hafen zu überwintern. Im Frühjahre aber werde er mit vier anderen Kriegsschiffen zurückkehren, um den Handel Amerika's mit Deutschland zu schützen, falls der Krieg zwischen Deutschland und Dänemark etwa wieder beginnen sollte.

— Der Dieb von 12,000 Thlrn. Gold, welche der Banquier Ezechiel Simon in Hannover, durch die Eisenbahn an den Fürsten von Bückeburg schickte, ist am 1. d. M. in Bremerhafen, als er sich nach Amerika einschiffen wollte, arretirt worden; man fand nur noch 3000 Thlr. bei ihm; er ist ein Packknecht der Eisenbahn zu Hannover. Dem Fürsten von Bückeburg ist die Summe der 12,000 Thlr. bald nach dem Diebstahl von der Hannöverschen Eisenbahndirektion wieder erstattet worden. Minder glücklich ist man im Untersuchen eines Diebstahls in dem nahegelegenen Minden gewesen, wo vor einigen Wochen im Gasthofe zur Stadt London, bei Hrn. Bieber, einem reisenden Kaufmanne vom Zimmer mehr als 600 Thlr. gestohlen worden sind, während sich der Reisende im Gastzimmer beim Mittagessen befand; man hat, trotz der detaillirten Anzeige des Stadtgerichts zu Minden im dortigen Amtsblatte, und in der Kölnischen Zeitung, des Diebes noch nicht habhaft werden können.

Frankfurt a. M., den 11. Nov. (O. P. A. Z.) 113te Sitzung de verfassunggebenden Reichsversammlung. (Tagesordnung: Berathung über Art. IV. und V. des Verfassungs-Entwurfs.) Eröffnung der Sitzung um $9\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags. Der Vorsitzende H. v. Gagern legt der Versammlung die Frage vor, ob der Abgeordnete für Breslau, H. A. Ruge, als aus der National-Versammlung ausgetreten zu betrachten sei, nachdem derselbe auf die an ihn gerichtete Zuschrift des Büreau's, wonach er binnen drei Wochen über seinen in einem früheren Schreiben angedeuteten Austritt sich zu erklären hatte, keine Antwort ertheilt habe. Es entspinnt sich über diesen Gegenstand eine kleine Debatte. Falk aus Schlesien theilt mit, daß er das Schreiben A. Ruge's selbst gelesen habe, worin derselbe das ihm übertragene Mandat seinen Wählern zu Breslau mit den Worten zurückgiebt, „weil er erwarte, daß in Frankfurt durchaus nichts mehr zu Stande komme.“ Die National-Versammlung faßt hierauf den Beschluß, daß der bisherige Abgeordnete von Breslau, A. Ruge, mit Rücksicht auf die von ihm gemachte Anzeige und auf das an ihn seitens des Büreau's erlassene Schreiben, für ausgetreten zu betrachten sei. Der Präsident verkündet die Tagesordnung, und verliest die zu dem Verfassungsentwurfe eingebrachten Amendements.

Die Versammlung erklärt sich für die Zulassung der Diskussion über Artikel IV. An der Debatte betheiligte sich Hildebrand, Graf Wartensleben, Eisenstuck, Merk aus Hamburg, Grumbrecht aus Lüneburg, Nizze aus Stralsund und v. Vincke. Mit Ausnahme Hildebrand's und Eisenstuck's erklären sich die Redner sämmtlich gegen die Centralisirung. Der Schluß der Debatte wird angenommen. Eisenstuck beantragt namentliche Abstimmung über den Majoritäts-Antrag des Ausschusses für Volkswirthschaft, als dessen Berichterstatter M. Mohl das Wort ergreift: Mit Betrübniß habe er gesehen, wie weit die Versammlung seit dem Monate Mai zurückgekommen. Zolleinheit, Münzeinheit u. s. w. seien damals als von selbst verstanden betrachtet worden. Jetzt sei die Reaktion bereits so weit gediehen, daß man diese Fragen wieder in Anregung bringe. Der Reichshandels-Minister habe gesucht, den volkswirthschaftlichen Ausschuß bei dem Verfassungs-Ausschuß aus dem Sattel zu heben. In der Frage über die Befreiung der Deutschen Ströme von Wasserzöllen habe man auf den Reichshandels-Minister von gewisser Seite her influenzirt; er (der Redner) habe guten Grund, dies zu vermuthen, denn auch auf ihn habe man zu influenziren gesucht. (Hört!) Auch habe eine technische Partei Versuche gemacht, die Wasserzölle auf den Deutschen Strömen unter dem Namen Wasserweggelder fortbestehen zu lassen, und um das Fahrwasser aus der See den Einzel-Staaten zu sichern. Er wisse es, daß sehr viele Bemühungen gemacht worden seien, diesen Versuchen Geltung zu verschaffen, und glaube auch, daß diese Partei in der genannten Weise Einfluß geübt habe. Der Redner bekennt sich offen als Unitarier (eine von dem Abgeordneten Waitz gebrauchte Bezeichnung der handelspolitischen Centralisirungsfreunde), weil Deutschlands Zerrissenheit nur durch Einheit abzuwenden sei. Sein System wolle kein Heer von Beamten schaffen, sondern dasselbe abschaffen; eben darum aber werde dem Ausschusse für Volkswirthschaft Widerstand geleistet. Der Hauptgesichtspunkt des volkswirthschaftlichen Ausschusses sei der handelspolitische und der Gesichtspunkt des Deutschen Verkehrs gewesen. Nur ein großer, nicht ein kleiner Staat vermöge in der Schifffahrt eine Konkurrenz mit anderen Völkern auszuhalten. Merk's Darlegung der Französischen Schifffahrtsverhältnisse stellt der Redner andere statistische Angaben entgegen, welche günstiger sprechen und woraus sich ergiebt, daß die Schifffahrt Frankreichs in den letzten 17 Jahren um das Zweifache sich gehoben. Das verhaßte »Jusqu'à la mer« sei nichts anderes, als was man jetzt für die Hansestädte beanspruche; worüber man 30 Jahre lang empört gewesen, wolle man sich jetzt in der Verfassung als Ruthe auf den Rücken binden. (Beifall.) Waitz als Berichterstatter des Verfassungs-Ausschusses weist M. Mohls Bemerkungen über den Reichs-Handels-Minister zurück, welcher als anerkannter Sachverständiger von den Mitgliedern des Verfassungs-Ausschusses zu Rathe gezogen worden sei, und manchem Mitgliede des volkswirthschaftlichen Ausschusses wohl gleich gestellt werden könne. Deutschlands glücklichste Seite liegt gerade darin, daß es nie centralisirt habe; manchem Zweifel unterliege es, ob die armen Binnenländer, Schlesien &c. zum Hafenbau der reichen Küstenländer beitragen würden. Die Minorität des volkswirthschaftlichen Ausschusses habe das allgemeine Interesse nicht im Auge gehabt; sie sei eben nur eine „binnenländische Minorität." Bei der Abstimmung werden die Anträge des Ausschusses für Volkswirthschaft mit 286 gegen 145 Stimmen verworfen, eben so der Nizze'sche Antrag auf Wegfall der Schlußsätze zu §. 24. Wie bereits mitgetheilt worden, erhielten die Anträge des Verfassungs-Ausschusses die Bestätigung der Versammlung. Schluß der Sitzung 2 Uhr Nachmittags. Nächste Sitzung Montag, den 13. November. Tagesordnung: Berathung über Art. V. und VI. des Verfassungs-Entwurfs.

Frankfurt, den 11. Nov. Heute wurde die Berathung des landwirthschaftlichen Congresses über den Commissionsbericht in Betreff der Handels- und Zoll-Gesetzgebung fortgesetzt, nachdem man sich gestern über das Princip (Finanz-, aber keine Schutzzölle) erklärt hatte. Das Commissionsgutachten wurde in seinen einzelnen Theilen zur Diskussion gebracht, und zunächst der folgende Satz: „Die Landwirthschaft bedarf für ihre rohen Produkte, mit Einschluß des Viehes jeder Art, eines Schutzzolles nicht," nach einer längeren Debatte zur Abstimmung gebracht und fast einstimmig angenommen. Ausgenommen von dieser Regel wurden indeß, trotz der heftigen Kämpfe von Seiten der absoluten Freihandelsmänner, der Wein- und der Tabakbau, ebenfalls mit bedeutender Majorität; ferner wurde der Satz: „Eben so wenig ist für die mit der Landwirthschaft verbundenen technischen Gewerbe zum Schutze gegen auswärtige Concurrenz an und für sich ein Zoll nöthig. Nur in so weit diese Gewerbe-Produkte durch inländische Steuern vertheuert werden, wie z. B. beim Branntwein und Bier, ist ein solcher, Behufs der Ausgleichung, nicht zu umgehen," ebenfalls angenommen. Der Antrag einzelner Commissionsmitglieder, eine Ausnahme von dieser Regel zu Gunsten der Käseproduktion eintreten zu lassen, ward verworfen; angenommen dagegen wiederum der Satz: „Im Interesse der Landwirthschaft muß verlangt werden, daß alle Ausgangszölle von rohen Produkten wegfallen und die Ausfuhr derselben völlig freigegeben wird." Endlich ward auch noch der folgende von der Commission beantragte Satz angenommen: „Einem anderen Erwerbszweige, dem Seidenbaue, ist zwar im Interesse der arbeitenden Classe, abgesehen von allen sonstigen dafür sprechenden Gründen, eine größere Ausbreitung ebenfalls zu wünschen; ihn aber durch erhöhte Schutzzölle auf Seide künstlich hervorzubringen, hält die Commission nicht für gerechtfertigt."

— Frankfurt — so sagt eine sehr beachtenswerthe Stimme in dem „Const. Bl. a. B." — ist noch ein ungelöster Rebus. Schwebeln und Nebeln ist der Deutschen Sache, und wir haben wieder geschwebelt und genebelt. Philosophen und Theoretiker wollen Politik machen, und das Leben widerspricht all ihren Idealen. Vielfach wurden die Teutonen auf die Sonderstellung Oesterreichs aufmerksam gemacht, und sie selbst kamen her und gewannen die Ueberzeugung, daß der Kaiserstaat nach anderer Elle gemessen werden müsse, sonst leide selbst Deutschland darunter. Es nützte nichts. Von einem Aufgehen in Deutschland ist keine Rede mehr, und eben so wenig wird der Kaiser von Oesterreich ein Vasall des Reichsverwesers werden. Die in der Paulskirche berathenen und beschlossenen Gesetze werden nicht durch die Publikation im Reichsblatt ihre Gesetzeskraft in Oesterreich erhalten. Mißverstehe man diese Worte nicht. Der Schreiber dieser Zeilen glüht im innersten Herzen für das herrliche, kräftige, mannhafte, geistvolle Deutschland, und möchte zu seiner Einheit und Einigung, zur Sammlung seiner centralisirten Macht selbst einen Theil der Hoheit Oesterreichs abgeben. Aber die praktische Ermöglichung läßt nicht zu phantastischen und aberwitzigen Mitteln greifen, und die Weltstellung und der Beruf Oesterreichs fordern das Streiten und Kämpfen für dessen Sonder-Interessen, wobei die nichtdeutschen Völkerschaften einbegriffen sind. Anschluß an Deutschland, inniger, festigender, treuherziger Anschluß, gekittet durch alle Interessen zur Sicherung der Freiheit und der materiellen Existenz.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 12. Novbr. National-Versammlung. Sitzung vom 11. Novbr. Die Versammlung nimmt mehrere Anträge von Departements (Lot und Garonne &c.) vor, die um die Erlaubniß bitten, sich Behufs der Beschäftigung ihres Proletariats übersteuern zu dürfen. Deville nähert sich der Bühne. (Aufsehen.) Ich habe die Ehre, Ihnen im Namen der studirenden Jugend von Paris, 2000 an der Zahl, einen Antrag auf vollständige Befreiung der Mai- und Juni Insurgenten zu überreichen. Die Petition geht an den Petitions-Ausschuß zur Begutachtung und man geht zur Tagesordnung, zum Budget zurück. (Unterrichts-Departement.) Man entsinnt sich, daß Cavaignac mit einem Federstriche 7 Akademien abschaffte. Nach langer Debatte wird der Antrag Arnoulds: „die 7 Akademien, welche das Decret vom 7. Septbr. aufhob, mit den alten Gehalten bestehen zu lassen," verworfen. Die 7 Akademien bleiben unterdrückt. Marrast: Es verlangen abermals 26 oder 30 Glieder Urlaub. L'herbette spricht gegen diese propagandistischen Reise-Emissäre (es sind meistens alle Ledru Rollinsche Commissarien der rothen Republik) und machte den Antrag: es soll über diese Urlaubsgesuche eine geheime Abstimmung erfolgen. Dieser Antrag ward unterstützt. Das Scrutinium gab folgendes Resultat: Zahl der Stimmenden 532, gegen die Urlaube 196, für dieselben 336. Die Urlaube sind somit bewilligt. Die Versammlung, welche 500 zählen muß, um beschlußfähig zu sein, wird bald gezwungen aufgehoben sein. Marrast: Ich ersuche die Versammlung, morgen mit ihren Schärpen sich um $8\frac{1}{2}$ Uhr früh einzufinden, um dem Promulgationsfest beizuwohnen. Die Sitzung wird aufgehoben.

— Das Wettrennen nach der Krone unserer jungfräulichen Republik hat begonnen. In Form eines Rundschreibens an sämmtliche Civil- und Militairbeamte tritt Cavaignac, dieser Gewährsmann der jetzigen Politik, als Candidat für die Präsidentschaftsstelle auf. Das Schreiben ist zu lang, um es wörtlich mittheilen zu können. Wir entnehmen demselben folgende Stellen:

„Bürger (Beamte)! Die Nationalversammlung hat durch ein definitives Votum das von ihr mit so ausdauernder und gewissenhafter Energie unternommene Werk beendet. Die republikanische Verfassung ist genehmigt, und die (morgende) Promulgation wird dem Volke den Text dieses Grundgesetzes selbst verlautbaren, das künftig seine Geschicke lenken soll. In einem so wichtigen Falle wünsche ich, mich ausnahmsweise, was wohl der Ernst der Umstände erklärt, mit Ihnen direkt in Verbindung zu setzen, da Sie je nach Maßgabe ihrer Stellung berufen sind, zu dem wichtigen Wahlwerk beizutragen, und um Ihnen die Bürgschaften und neuen Kräfte anzudeuten, welche die Verfassung Ihrem Amte giebt."

Nachdem auf diese Weise den Beamten und Offizieren neue Bürgschaften und neue Kräfte wie süßer Honig versprochen, folgt eine tausendste Erklärung über die Februarrevolution und der gegen sie vergeblich erhobenen Mai- und Junistürme. Es heißt dann weiter:

„Ausgearbeitet im Angesicht aufrührerischer Theorieen, welche Eigenthum, Familie und alle mögliche und heilsame Bedingungen der Arbeit angreifen, hatte die Verfassung nicht nöthig, diese ewigen Grundsätze, auf welchen alle Rechte beruhen, von Neuem zu stärken. Sie brauchen sie nur zu konstatiren, anzuerkennen und durch feierliche Erklärung zu bestätigen. Ihr Inhalt fügt darum Ihrer Amtsthätigkeit in dieser Beziehung nichts bei. Jede Zeit hat ihre Irrthümer und Gefahren, Sie kennen die Irrthümer, die Gefahren unserer Epoche. Sie werden daher fortfahren, sie mit der Ergebung zu bekämpfen, welches die Republik Ihrerseits zu erwarten das Recht hat." Die Bonapartisten und Legitimisten kommen viel gnädiger weg. „Das Land leidet — heißt es in dem Rundschreiben — und einige wenig aufgeklärte Menschen sind nur zu sehr geneigt, ihre Leiden und Entbehrungen den Grundsätzen der republikanischen Regierungsform selbst zuzuschreiben. Bestreben Sie sich, diese traurigen Tendenzen zu bekämpfen u. s. w."

General E. Cavaignac."

— Abd el Kader, dem zu Amboise bei Nantes ein neuer Aufenthaltsort angewiesen ist, hat Pau, wo die Behörden und die Bevölkerung ihm beim Abschiede große Theilnahme bekundeten, mit seiner Familie unter starker Eskorte verlassen und ist zu Bordeaux angelangt, wo ihn im Prinzen-Hotel der Maire und der Stadt-Rath besuchten. Am Abend besuchte er das Theater. Vorgestern Morgen sollte er sich mit seinem aus 47 Personen bestehenden Gefolge nach Nantes einschiffen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Einhundertundzweite Sitzung, vom 14. November.

Im Sitzungssaale der Stadtverordneten (Kölnisches Rathhaus).

Eröffnung nach $1\frac{1}{2}$ Uhr Mittags. Präsident: Herr v. Unruh. Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird von dem Schriftführer Abg. Haußmann verlesen. Hr. Dane fragt, ob die Regierung von dieser Zusammenkunft der Versammlung in Kenntniß gesetzt worden, damit auch der Schein vermieden werde, als versammele man sich heimlich. Hr. Schulze (Wanzleben): Die Regierung habe die Versammlung vertrieben, sie aus ihrem Sitzungshause gedrängt, nachher sie gehetzt, und dennoch tage sie frei. Eine Anzeige brauche sie aber nicht zu erstatten.

Präsident: Er habe dem Abg. Dane zunächst zu antworten, daß allerdings Vorfälle gestern und heut sich ereignet, welche es zweifelhaft gemacht, ob die Versammlung hier würde zusammenkommen können. Das Kölnische Rathhaus, der Sitz der Gemeinde-Vertreter Berlins, sei nämlich Vormittag militairisch besetzt worden, weil man vermuthet habe, daß die Nationalversammlung hier Sitzung halten werde. Als jedoch er, der Präsident, und der Vicepräsident Plönnies dorthin gekommen, haben sie das Lokal nicht besetzt gefunden. Die Stadtverordneten haben gerade Sitzung gehalten, er habe den Stadtverordneten-Vorsteher Seidel herausrufen lassen und ihn gefragt: ob die National-Versammlung werde Sitzung halten können? Hr. Seidel habe darauf erwiedert, daß er bereit sei, jede Minute die Sitzung zu schließen, sobald die National-Versammlung den Wunsch habe einzutreten. (Bravo.) Daraufhin habe er auch schriftliche Einladungen an die Abgeordneten gesandt. Nach Absendung der Einladungsschreiben sei ihm von dem Vorsteher eröffnet worden, wie einzelne Stadtverordnete an folgendem Umstand Anstoß genommen haben. Als nämlich das Kölnische Rathhaus heut Vormittag von Militair cernirt war und die Stadtverordneten, sowie auch die Zuhörer Einlaß gefunden, weil der Offizier erklärt, er habe keinen Befehl, gegen Stadtverordnete und Zuhörer der öffentlichen Sitzung einzuschreiten, sei nun, unter Theilnahme von Zuhörern, die Sitzung gehalten worden, auch das Militair insgesammt abgezogen. Wenn nun die National-Versammlung tage, so könnte es vielleicht scheinen, als ob sie sich einschwärzen wollte. Hierauf habe er, der Präsident, entgegnet: Die National-Versammlung sei weit entfernt, sich heimlich zu vereinigen, vielmehr fordere ihr Präsident ihn, den Stadtverordneten-Vorsteher, auf, dem Commandanten die Anzeige zu machen, daß die Sitzung der Stadtverordneten nunmehr geschlossen sei, letztere auch keinen Anlaß haben, ihren frei gefaßten Beschluß znrückzunehmen, die National-Versammlung also nunmehr ihre Sitzungen beginne. Somit haben die Behörden, welche der jetzt herrschenden Gewalt nach, als thatsächlich gelten, vollständige Anzeige von dieser Sitzung. (Bravo.)

Das Protokoll wird nunmehr angenommen, worauf der Präsident alle diejenigen Personen, welche nicht Abgeordnete sind, sich aus dem Saale zu entfernen bittet, da sonst bei Abstimmungen keine Controlle möglich sei; das Lokal sei ohnehin sehr beschränkt, und da die Räumlichkeiten fast ganz von Abgeordneten besetzt seien, so müssen zunächst die fungirenden Journalisten und dann die noch übrigen wenigen Zuhörer sich mit den letzten vier Bänken begnügen.

Hr. Phillips zeigt an, daß der Vorstand d,r Schützengilde Verwahrung gegen die, durch das Militair verübte, Verletzung des Hausrechts eingelegt habe.

Hierauf verließt der Schriftführer Abg. Schneider das Protokoll über die gestrigen Vorgänge im Schützenhause, in Folge deren die 4 Vertreter der Nationalversammlung durch Militair gewaltsam entfernt worden sind.

Hr. Plönnies: Ueber ein Ministerium, welches zu feige sei, mit dem Volke zu gehen, habe man kein Wort zu verlieren. Aber den im Heere sich befindenden Söhnen des Vaterlandes, welche den schmachvollen Befehl zur Gewaltthat gegen die Volksvertreter ausführen mußten, schulde er wenigstens die Erklärung, daß, wenn die Gewalt auch eine rohe, doch keine brutale gewesen und die Soldaten die allergrößte Schonung geübt haben.

Hr. Schneider: Auch er halte es für seine Pflicht, zu erklären, daß, so brutal und verabscheuungswerth der Akt an sich auch gewesen, die Vollzieher desselben doch mit dieser Brutalität nichts gemein haben. Der Wahrheit gemäß, fühle er sich zu bekennen gedrungen, daß man sich vielfach bemüht, die Abg. zum freiwilligen Verlassen des Saales zu bewegen. Man habe es den Militairs angesehen, wie sie sich geschämt, einen derartigen Befehl zu vollziehen. Ein großer stattlicher Soldat, welcher seine Ausweisung zu bewirken gehabt, sei sanft und bittend zu ihm herangetreten und habe immer gesprochen: „Lieber Herr, ach kommen sie doch!“ Als er ihm nun dargethan, daß es sich hier um die Unverletzlichkeit der Abgeordneten handle, habe der Soldat ihm seinen Arm geboten und so seien sie Arm in Arm davongegangen. Unten vor der Thür habe er, Redner, als der zuerst angekommene Volksvertreter dem versammelten Volke zugerufen: Er protestire öffentlich gegen diese den Vertretern des Volks angethane Gewalt.

Hr. Jacoby: Als er sich heut am 14., um $10\frac{1}{2}$ Uhr, nach dem Kölnischen Rathhause habe begeben wollen, habe ihn der Lieut. Wussow an der Spitze von etwa 20 Mann daran verhindert. Als er darauf den Offizier gefragt: wer ihm den Befehl gegeben, habe dieser geantwortet: der General-Major v. Thümen.

Hr. Weichsel: Als er mit dem Abgeordneten Par sich auch hierher begeben, sei ihnen derselbe Offizier entgegengetreten und habe erklärt, daß er die Weisung habe, zunächst durch Bitten, dann durch Gewalt zu wirken. Man möge dieß nicht ihm zur Last legen.

Hr. Hildenhagen: Als gestern der erste Soldat in seine Nähe gekommen, habe er ihn gefragt: ob er Hand legen wolle an die geheiligten Personen der Vertreter seines Volkes? Thränen seien darauf aus den Augen des Soldaten geflossen.

Hr. Schramm (Langensalza): Man möge auch erwägen, daß der Despotismus sich gar gern der Sammetpfötchen bedient.

Das Protokoll wird hierauf genehmigt.

Präsident: Nachdem nunmehr physische Gewalt gegen die Nationalversammlung gebraucht worden, sei er es dem Lande schuldig, sie nicht noch ein Mal zu berufen, wenn er nicht sicher sei, daß sie vor Wiederholung eines solchen Gewaltschritts geschützt bleibe. So lange daher die brutale Gewalt herrsche, möchte er die Sitzungen vertagen, beschwöre aber die Abgeordneten, Berlin nicht zu verlassen und eins zu bleiben, damit sie auf den ersten Ruf wieder erscheinen. So eben werde ihm die Kunde, daß abermals Militair anrücke. Man möge sich daher benehmen.

Hr. Waldeck: Die Versammlung müsse allerdings zusammenhalten, vermöge dies aber nur, wenn sie sich täglich vereinige und bespreche.

Präsident: Bei der Liebe zum Vaterlande fordere er Jeden auf, nicht vom Platze zu weichen, damit die Versammlung, wenn es sein müsse, dem Lande auch nicht eine Stunde fehle.

Hr. Scholz (Meseritz) beantragt, daß der Geschäfts-Ordnung gemäß, die seit dem 9. gefaßten Beschlüsse, nochmals ohne Diskussion zur Abstimmung kommen. Dies geschieht und sie werden insgesammt nochmals einstimmig angenommen.

Der Namensaufruf wird jetzt verlangt, der Präsident erklärt, daß dem Büreau die Vollzahl nicht zweifelhaft scheine, er ihn jedoch veranlassen wolle. Inzwischen habe er noch anzuzeigen, daß der Abgeordnete Junker aus Bernau für den Abg. Riedel und der Abg. Wöniger für den Abgeordneten Jonas (Berlin) eingetreten seien. — Sodann verliest er eine, von Seydel verfaßte Erklärung, wonach die National-Versammlung öffentlich bekennen soll, daß sie nur erst nach gesicherter Freiheit wieder zusammentreten wolle.

Hr. Waldeck spricht gegen diese Erklärung, worauf sie Hr. Seydel zurücknimmt.

Hr. Junker: Der Landrath des Niederbarnimschen Kreises (Namens Scharnweber) habe ihm eine Bescheinigung über seine Wahl zum Stellvertreter verweigert nnd erst von ihm Auskunft verlangt, wozu er sie haben wolle. Dies habe er ihm nicht sagen wollen.

Präsident: Der Abgeordnete sei hinlänglich recognoscirt. — Ein sehr dringender Antrag liege vor. Der Abg. Schramm (Striegau) sei nämlich am Abend des 13. von einem Offizier auf der Straße verhaftet. Wie er, der Präsident, äußerlich vernommen, sei es geschehen, weil er einem Offizier ein von einem Zettelträger erhaltenes Plakat überreicht habe. Sicheres stehe darüber allerdings nicht fest, auch habe er durchaus nichts Authentisches erfahren. Er habe jedoch pflichtmäßig noch sofort Abends an den Gen. Wrangel geschrieben, bis jetzt aber noch keine Antwort erhalten.

Hr. Zenker beantragt nun: Die Versammlung wolle beschließen, daß die über den Abg. Schramm verhängte Haft sofort aufgehoben werde, da der §. 3. des Gesetzes zum Schutze der Abgeordneten diese Aufhebung der Versammlung anheimgebe.

Dieser Antrag wird ohne Diskussion mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Der inzwischen vorgenommene Namensaufruf hat 242 Anwesende ergeben.

Der Präsident meldet nun, daß seit dem 13. Nachmittags und am 14. Morgens wiederum sehr zahlreiche Deputationen und Adressen bei der National-Versammlung eingegangen seien, so u. A. von den Stadtbehörden aus Rathenow, Stettin, Potsdam, (der Magistrat und die Stadtverordneten von Potsdam haben von diesem ihrem Schritte dem Könige und den Behörden Kenntniß gegeben. Gestern sei eine Deputation von Einwohnern aus Oschersleben und Neuhaldensleben bei ihm gewesen. Diese einfachen Leute aus einer Gegend, welche sich durch ihre Loyalität stets ausgezeichnet und allen Wühlereien fremd geblieben sei, haben ausdrücklich erklärt, sie erkennen die Nationalversammlung als im Rechte seiend an und halten sich berechtigt, keine Steuern zu zahlen, bis die Nationalversammlung darüber entschieden haben werde. Für den November haben sie die Steuern schon beisammen, wollen sie aber nicht vertheilen. Auch seien sie gekommen, ihre Kinder zurückzufordern, denn sie haben sie wohl als Soldaten gegen den äußern Feind, aber nicht als Mörder gestellt. (Lebhafter Beifall.) Ebenso sei eine Deputation aus Köln eingetroffen.

Hr. Elsner nimmt nun als Berichterstatter der Petitions-Kommission das Wort: Seit gestern seien Deputationen und Adressen eingegangen, u. A. von den Gemeindebehörden aus Köln, Frankfurt a. d. O., Landsberg a. d. H., Gärlitz, Guben, Schweidnitz, Halberstadt, Düsseldorf, von den Reservisten, wie den Landwehren ersten und zweiten Aufgebots in Halberstadt, dem 21. Bataillon der Berliner Bürgerwehr, der Urwähler des 21. und 75. Berliner Stadtbezirks, aus 96 Ortschaften des Glogauer Kreises u. s. w. Die Bewohner der letzteren haben auch ihre Ansichten dem Könige mitgetheilt, daß sie mit den Waffen für die Freiheit gegen die Gewalt einstehen.

Präsident: Der Abgeordnete Bornemann habe durch einen im Bett geschriebenen Brief angezeigt, daß er, wie es ihm der Arzt nur erlaube, wieder erscheinen werde, (Bravo.) — Die Sekretär-Wahl habe ergeben, daß der Abg. Grün mit 163 Stimmen zum 8. Sekretair, die Abg. Schulz (Minden) und Moritz mit resp. 105 und 68 Stimmen zu stellvertretenden Sekretairen gewählt worden seien.

Hr. Bergmann legt eine Zustimmungs-Adresse der Stadt Salzwedel vor. Hr. Parrisius meldet, daß Naumburg für die Nationalversammlung sich ausspreche. Hr. Philipps, daß Elbing das Gleiche thue und so die Schmach abwälzen werde, die ihm eine reaktionärr Bande jüngst angethan.

Hr. Nowak legt sein Mandat als Stellvertreter nieder. Die HH. Dierlitz und Seydel reichen abweichende Vota gegen die Abstimmung vom 12. November ein.

Präsident: Bei der Redaktion der National-Zeitung seien nicht unansehnliche Summen für die Versammlung eingegangen; auch haben sich Privatleute erboten, aus ihren Mitteln zu helfen, so habe der frühere Abg. Kaufmann Zacharias schon 2000 Thlr. angeboten. Da die Abg. aber bereits untereinander die Auslagen bestritten, so habe er vorläufig gedankt.

Hr. Moritz: Der Abgeordnete Rintelen (Meschede) habe eine Beförderung im Staatsdienste angenommen, müsse sich also einer Neuwahl unterwerfen.

Der Präsident wird diese anordnen.

Es erhebt sich nun eine kurze Besprechung darüber, daß der Antrag auf Steuerverweigerung sofort verhandelt werden möge, namentlich spricht Hr. Waldeck für sofortige Berathung. Endlich einigt man sich, die Sache in der nächsten Sitzung bestimmt abzuhandeln, worauf der Präsident nach 3 Uhr die Sitzung schließt und die nächste auf Mittwoch den 15., Vormittags 11 Uhr im Kölnischen Rathhause anberaumt.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.
(Mit zwei Beilagen.)

Inland.

♂ Inowraclaw, den 14. Nov. Sonnabend am 11ten d. M. erfolgte hier die Wahl eines Abgeordneten für Berlin in die Stelle des ausgeschiedenen Ruszkiewicz. Der bisherige Stellvertreter, Pfarrer Kaliski, wurde gewählt, und es hat somit die hierorts stark vertretene Polnische Partei bei dieser Gelegenheit den Sieg davon getragen. Auch die Liga polska macht in unserer Gegend nicht zu läugnende Fortschritte. Wie fanatisch die Angelegenheiten der Liga betrieben werden, ersehen Sie aus einer Aeußerung des Probstes Zielinski aus Blonkowo, der sich in voriger Woche bei einer Versammlung der Liga unverhohlen dahin aussprach: „Die Deutschen müssen aus der Provinz Posen ausgerottet werden und sollten mehrere Generationen Polen darüber zu Grunde gehen. Früher dürfe man nicht ruhen, bis diese Eindringlinge vertilgt seien; denn sie hätten die Polen beraubt und wären mit denjenigen zu vergleichen, denen man aus Barmherzigkeit ein Nachtlager gewährt, und die dann unter der Behauptung, das ganze Haus gehöre ihnen, den Eigenthümer selbst aus dem Hause werfen wollen." Sie sehen, die vom Pfarrer Prusinowski in seinem Wielkopolanin ausgestreute Saat schießt in die Höhe, und verspricht eine volle und blutige Erute. Man kann die Deutschen unserer Provinz nicht genugsam zur Wachsamkeit ermuntern; denn es lauert ihnen allezeit und überall der Feind hart an den Fersen. Und jetzt namentlich müssen wir besonders daran erinnern, unsere provinziellen Conflicte bei der großen Calamität, welche das Preußische Gesammtvaterland bedroht, nicht aus den Augen zu verlieren. Ueber das entferntere Ziel, für welches außer uns noch 15 Millionen gemeinsam einstehen werden, dürfen wir das uns nähere, welches unserer alleinigen Obhut überlassen ist, nicht außer Acht lassen. Von welchem Standpunkte aus man daher auch die letzten Schritte der Preußischen National-Versammlung beurtheilen mag — wir Deutsch-Posener haben uns auf alle Fälle stets zu vergegenwärtigen, daß diese Versammlung uns unser Deutschthum streitig macht, und die etwaige, rasch auflodernde Sympathie für ihr in der letzten Woche beobachtetes Verhalten der Krone gegenüber, darf uns die protestirende Stellung, welche wir gegen ihre in der Posener Frage gefaßten Beschlüsse einnahmen, nicht wieder vergessen machen.

W Berlin, in der Nacht vom 11. bis 12. Nov. Die großen Ereignisse des heutigen Tages, darunter das größte, die Erklärung Berlin's in Belagerungszustand, haben die Zeitungen Ihnen schon gemeldet, und diesen soll meine Mittheilung nicht nachhinken. Dafür habe ich Ihnen viel Bedeutendes zu melden, was die Zeitungen noch nicht enthalten können, und was ich durch glücklichen Zufall, aus zuverläßigster Quelle erfahren habe. Der große politische Kampf, den die Krone von äußerster Noth gedrängt begonnen, und den eine noch beschlußfähige Zahl von Abgeordneten angenommen hat, wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, wenn nicht die hervorragendsten Männer, die ich heute in rascher Aufeinanderfolge entweder selber gesprochen, oder deren Ansichten ich durch glaubwürdige Mittelspersonen vernommen habe, völlig blind für die Gegenwart, und ohne alle Prophetengabe für die nächste Zukunft sind, dieser Kampf zwischen der Krone und der National-Versammlung wird, unb wahrscheinlich auf unblutigem Wege, sich zu Gunsten der erstern und zum Heile des Landes entscheiden. Grabow und Bassermann sind meine bedeutendsten Gewährsmänner. Jener hat heute in Sanssouci den König zur Entlassung des Ministeriums Brandenburg zu bewegen gesucht, der König aber hat dieß abgelehnt, weil Grabow, der Minister aus der Kammer haben wollte, eingestehen mußte, daß solche Minister, die dafür einstehen, daß die Kammer fern von allen terroristischen Einflüssen sich lediglich in den Grenzen ihres Mandats d. h. des Wahlgesetzes vom 8. April, halte, und das Verfassungswerk beschleunige, in der Kammer nicht zu finden sind. Der König hängt durchaus nicht an den Personen seiner Minister, aber er ist fest entschlossen, der Kammer fernere Ausschreitungen nicht länger zu gestatten, sie soll sich auf die Verfassungsfrage beschränken, damit das Land endlich eine Verfassung erhalte. — Bassermann, ursprünglich angewiesen, in der Posener Frage mit unserer Regierung zu verhandeln, dann aber konfidentiell, von der Centralgewalt beauftragt, die Differenz zwischen Regierung und Nationalversammlung beizulegen, — auf besondern Wunsch Camphausens ist dieser Auftrag in konfidentieller, und nicht, wie man in Frankfurt wollte, in offizieller Form ertheilt, — Bassermann, dessen politische Weisheit wohl keinem Zweifel unterliegt, bezeugt dem Könige und den Ministern, daß jeder Gedanke an Reaktion ihnen völlig fremd, alle aber unwandelbar entschlossen sind, die Kammer dem Terrorismus des Berliner Pöbels zu entziehen und sie in die Grenzen ihres Mandats zurückzuführen. Bassermann spricht über den König mit großer Anerkennung. Auf meinen Einwand, warum doch der König gerade einen so verhaßten und verrufenen Mann, wie Manteuffel, ins Kabinet genommen habe, erwiederte B.: der König hat es mit 3 Ministerien vergebens versucht, das Ziel zu erreichen, je mehr die Minister nachgeben, desto größer sind die Anmaßungen der Linken geworden, desto unsicherer die Majorität, desto zweifelhafter die Aussicht auf endliche Vereinbarung der Verfassung; jetzt endlich hat er zu einem Ministerium seine Zuflucht genommen, welches ehrlich und fest die Absicht des Königs durchführen wolle; diese Absicht, endlich um jeden Preis dem Lande zu einer Verfassung zu verhelfen, rechtfertige sich durch sich selber, von ihrer Ausführung hängen Deutschlands Geschicke ab. — Was haben wir in den nächsten Stunden, was in den nächsten 14 Tagen zu erwarten? Noch ist es zweifelhaft, ob die Abgeordneten, resp. deren Stellvertreter sich in beschlußfähiger Zahl in Brandenburg einfinden werden. In diesem Fall ist die Krone entschlossen, den von der Centralabtheilung der Versammlung berathenen und von der Majorität derselben modificirten Verfassungsentwurf anzunehmen, und als provisorische Verfassungsurkunde zu proklamiren. — Aber drohen nicht schon die nächsten Stunden mit ungeheuren blutigen Ereignissen!? Ich maße mir nicht an, mit meinen Gedanken und Worten den großen Geschicken vorzugreifen, die uns vielleicht schon der morgende Tag bringt; aber wenn Männer wie Bassermann der festen Ansicht sind, am heutigen Tage sei das Schwerste entschieden und überstanden, ganz Deutschland werde unsere Regierung segnen, daß sie endlich mit Kraft eingeschritten sei, um Preußen, und mit diesem ganz Deutschland, aus der unhaltbaren Schwebe und Unsicherheit aller gesetzlichen und sittlichen Zustände zu erretten, dann habe ich gute Hoffnung. — Heut Abend sah ich eine Gesellschaft junger Polen Berlin verlassen. Ist das nicht auch ein gutes Zeichen? Sie scheinen zu dem Heldenmuthe unserer Bürgerwehr, die der großen Mehrheit nach Gott danken wird, wenn man ihr die Gewehre nimmt, kein sonderliches Vertrauen zu haben, sonst würden sie hier bleiben, weil Polen da, wo es Skandal giebt, nicht gut fehlen können. — Ob aber unsere Proletarier, die man heute so gut als möglich bewaffnet hat, nicht Händel anfangen werden, wage ich nicht vorherzusagen. In jedem Falle wird das Militair Sieger bleiben, denn einige 20,000 Mann mit zahlreicher Artillerie sind ohne Zweifel im Stande, die auf dem linken Spreeufer gelegenen Stadttheite zu bändigen; die auf dem rechten gelegenen sollen im Nothfall sich selber überlassen werden.

Berlin, den 14. Novbr. (O. S. Z.) Plönnies hat gestern in Mylius Hotel Folgendes erzählt: Nachdem die Sitzung der National-Versammlung im Schützenhause geschlossen war, blieb ich mit zwei Secretairen im Sitzungs-Lokale zurück, um die Papiere der Versammlung zu überwachen. Bald drangen Soldaten vom Kaiser Franz-Regiment unter Anführung eines Offiziers herein, welcher mich aufforderte, das Lokal sofort zu verlassen. Als ich mich dessen weigerte, erklärte der Offizier, daß ich in dem Saale bleiben könne, wenn ich daselbst lediglich als Privatmann etwas zu thun habe, daß ich aber zur sofortigen Räumung des Lokales würde gezwungen werden, wenn ich vermeinte, mich in amtlicher Funktion hier zu befinden. Hierauf erwiederte ich, daß ich als Präsident der Preußischen National-Versammlung und im Auftrage derselben mich hier befände und aus dem Saale auch nur durch Anwendung von Zwangs-Maßregeln würde weisen lassen. Auf den Wink des Offiziers faßten mich darauf zwei Soldaten und zerrten mich von der Präsidenten-Tribüne herunter und durch den Saal. Die beiden Secretaire folgten mir. An der Thüre stand der Oberst von Sommerfeldt und rief mir mit bewegter Stimme zu: „Herr, Sie sind ein braver Mann; — ich möchte Sie küssen!" Einer der Secretairs legte dem Obersten die Hand auf die Schulter und fragte ihn: „Ist das Ihre aufrichtige Meinung?" „Bei Gott und meiner Ehre" — antwortete der Oberst — „das ist meine aufrichtige Ueberzeugung!" Der Oberst bot mir die Hand und wir umarmten uns auf das Herzlichste.

Görlitz, 13. Novbr. Die Stadtverordneten beschlossen fast einstimmig, eine Beifallsadresse an die Nationalversammlung zu erlassen, worunter sie als Beweis, daß dies die persönliche Gesinnung des Kollegiums sei, ihre Namen zu setzen beschlossen. Der Magistrat schloß sich aus schon gemeldeten formellen Gründen dem nicht an; er überließ die Betheiligung jedem Einzelnen des Kollegiums. — In der Volksversammlung um 5 Uhr, welche die letzten Beschlüsse der Nationalversammlung mit stürmischem, dankbarem Beifall begrüßte, da sie so herrlich die Rechte und die Ehre des preußischen Volkes gewahrt habe, wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, das hiesige Militair nicht ausrücken zu lassen. Ober-Bürgermeister Jochmann deshalb angegangen, setzte sich alsbald mit den Majors v. Sydow und v. Baczko in Correspondenz und erhielt von ihnen persönlich das Ehrenwort, daß bis jetzt noch keine Marschordre vorliege; sie glaubten überhaupt nicht daran, weil die hiesige Strafanstalt insbesondere seit dem letzten Brande um so dringender militärische Bedeckung bedürfe. Abends um 9 Uhr löste sich die Versammlung, in welcher heute eine allgemeine Vereinigung aller städtischen politischen Vereine beschlossen wurde, auf, nachdem noch Oberbürgermeister Jochmann eine herzliche zur Einigkeit auffordernde Ansprache gehalten hatte, und der Beschluß gefaßt worden war, wegen der dringlichen Zeitverhältnisse alle Abende gegen 8 Uhr zusammenzukommen. — Aus Ohlau und Münsterberg sind Seitens des Magistrats und der Stadtverordneten Adressen im ähnlichen Sinne abgegangen.

Stettin, den 13. Nov. Das gute Recht der Nationalversammlung, die Sache der Demokratie in der edelsten Bedeutung hat in Stettin einen überaus schönen Sieg errungen. Nachdem der konstitutionelle Club, im Bunde mit den verschiedenen Vereinen der Stadt, schon in der Nacht vom Donnerstag zum Freitage für die National-Versammlung sich erklärt und an die Spitze der Bewegung gegen die Anmaßungen der falschen Rathgeber der Krone sich gestellt hatte, wuchs die Begeisterung für die schmählich behandelten Vertreter des Volkes von Stunde zu Stunde, bis heute durch die Proklamation der Nationalversammlung an das Volk die Parteinahme für die Abgeordneten aller Schichten der Einwohnerschaft auf eine wahrhaft ergreifende Weise sich bemeisterte. Seit dem Aufrufe Friedrich Wilhelm's III. an sein Volk, welcher hier alle Herzen zum Streite gegen einen auswärtigen Feind entzündete, erinnert man sich keines Tages, an welchem die Begeisterung für das gefährdete Vaterland sich auf eine solche großartige Weise ausgesprochen hätte. Alle Klassen der Einwohnerschaft wetteiferten in der Parteinahme für die Nationalversammlung. Nachdem auf der Börse 234 Kaufleute, unter ihnen die geachtetsten Häuser sich an einer energischen Adresse betheiligt, folgten am Nachmittage alle Compagnien der Bürgerwehr, mit Ausnahme der 10., welche sich der Abstimmung enthielt, in der Entscheidung gegen die Uebergriffe der Krone. Die Bürgerwehr, welche Kompagnieweise abstimmte, erklärte sich dahin, die Beschlüsse der Nationalversammlung ausführen zu wollen, und eine Adresse in diesem Sinne abzusenden. Am Abend traten Magistrat und Stadtverordneten zusammen und faßten den gleichen Entschluß. (Der Magistrat einstimmig und die Stadtverordneten mit Ausnahme einer Stimme.) Kurz, die Hauptstadt von Pommern legt ihr moralisches Gewicht in die Waagschaale für die gefährdeten Rechte des Volkes. Von heute an nimmt Stettin eine ehrenvolle Stelle unter den großen Städten der Monarchie ein, welche mit der Nationalversammlung stehen und fallen. Ein Extrazug bringt heute früh die einzelnen Adressen durch besondere Deputationen des Magistrats und der Stadtverordneten, der Bürgerwehr und der Kaufmannschaft nach Berlin. Unter den Deputirten des Magistrats befindet sich auch der Oberbürgermeister Wartenberg und unter der Deputation der Stadtverordneten der Vorsteher Hessenland. Stettin hat auch die kühnsten Hoffnugen übertroffen.

Wien, 13. Novbr. Noch wenige Tage und der alte Zustand wird wieder hergestellt sein; der Belagerungszustand wird noch diese Woche aufgehoben. — Weldens erster Erlaß ist ein erfreulicher, denn er beseitigt gänzlich alle Hindernisse des Verkehrs zwischen der inneren Stadt und den Vorstädten; seine Ansprache verspricht uns ein milderes Regime, wenigstens zeigt sie von der Absicht des Gouverneurs, sich mit den Einwohnern in ein möglichst herzliches und vertrautes Einverständniß zu setzen. Nur eine Stelle, in welcher die Hoffnung ausgesprochen wird, daß es nicht nöthig sein würde, durch Kanonendonner die Ordnung zu proklamiren, könnte im Stande sein, den guten Eindruck zu trüben, den das erste Lebenszeichen des Gouverneurs hervorbringt. Es dürften jedoch noch viele Schwierigkeiten zu überwinden sein, bevor das alte Leben wiederkehrt; namentlich scheint es, als ob die Reorganisation der Nationalgarde noch einen Stein des Anstoßes bieten wolle. — Wie wenig die Strenge Windischgrätz's im Stande war, den Freiheitssinn zu unterdrücken, beweist die „Kundmachung" des Commandanten G.-M. v. Cordon, in welcher er warnt, fernerhin aufrührerische Reden zu führen, da er diejenigen, die sich solches zu Schulden kommen ließen, dem standrechtlichen Verfahren unterwerfen müsse. Sie ist in allen Kaffee- und Gasthäusern zu finden, übt jedoch wenig Einfluß aus. So sprichwörtlich die frühere Behutsamkeit der Wiener im Reden war, so allgemein nimmt man jetzt das Recht der freien Rede in Anspruch. — Julius Fröbel soll die „Begnadigung" dem Verwenden einer Gesandtschaft zu verdanken haben. — Nach der offiziellen Berechnung hatte das Militair bei sämmtlichen Gefechten und Schlachten während der Belagerung und Erstürmung Wiens, einschließlich der Straßenkämpfe, einen Verlust von 277 Todten, 133 Vermißten und 800 Verwundeten. — Die Untersuchungen über die Oktober-Ereignisse sind beendet; die Amnestie ist demnach in einigen Tagen schon zu erwarten. Die in das Militair eingereihten Individuen werden wahrscheinlich nicht den Vortheil derselben genießen.

Ausland.

Niederlande.

Amsterdam, den 12. Nov. Der Aufschwung des politischen Lebens durch das ganze Reich ist wahrhaft bewundernswürdig: fast in jeder Stadt werden Wahl-Vereine gebildet. Das „Handelsblad," welches sich um die niederländische Reform, um die politische Wiedergeburt des Landes nicht genug anzuerkennende Verdienste erworben hat, bringt heute einen Aufruf, von den bedeutendsten Männern Amsterdams unterzeichnet, an die Wähler dieser Hauptstadt, um sie unter Darlegung der Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen aufzufordern, sich am 14. Nov. zur Besprechung der Wahlen zu vereinigen.

Dänemark.

Kopenhagen, den 11. Novbr., Morgens. Wir befinden uns plötzlich, ohne alle bekannte bestimmte äußere Veranlassung, in einer Ministerkrisis. Sämmtliche Minister haben, so melden ministerielle Blätter, ihre Entlassung eingegeben.

— Bei Abgang des Dampfschiffes verbreitet sich so eben die aber noch nicht verbürgte Nachricht, daß der König die Entlassung der Minister angenommen, und Graf Reventlow (der bisherige Gesandte in London), Tillisch und Orholm mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt seien.

— Ob sämmtliche Minister oder nur Knuth, Tscherning, Monrad und Lehmann ihre Dimission verlangt, ist wohl noch zweifelhaft; allgemein wird aber angenommen, daß die Genannten abgehen. Mag nun auch eine Meinungs-Verschiedenheit über die aufzustellenden Friedensbedingungen Mitveranlassung gewesen sein, indem diese Minister, im Widerspruch mit dem Casino Programm, nachgiebiger als die übrigen und der König gestimmt haben, so hat es doch auch große Wahrscheinlichkeit, daß man bei den jetzt bevorstehenden Friedensunterhandlungen eingesehen, daß die Unterhandlungen durch andere als die sogenannten Casino-Minister eher gedeihen dürften. Der Conseil-Präsident, Moltke, ist gestern Abend vom König auf Friedrichsburg zurückgekommen, mit welchem Erfolg rücksichtlich der Wahl neuer Minister, habe ich aber heute noch nicht erforschen können.

Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

1. Wie kommt es, daß die 28 Juristen, welche das Beiblatt zu der gestrigen Zeitung unterzeichnet haben, für ihre Behauptungen keine Gründe anführen, obgleich doch in der zur Berathung stattgehabten Versammlung viel über Gründe debattirt worden ist?

2. Bilden die vorbezeichneten 28 Juristen den ganzen hiesigen Rechtsgelehrtenstand, oder giebt es hier noch viele Rechtskundige, welche nicht mit jenen ohne Gründe hingestellten Behauptungen übereinstimmen?

3. Seit wann erlauben sich Auscultatoren, sich dem großen Publikum gegenüber als Rechtskundige geltend zu machen, während ihr Namen schon andeutet, daß sie erst hören und lernen sollen.

Das ist der Fluch der jetzigen Zeit, daß die meisten Gutgesinnten schlafen, während die Wühler schreien und Alles in Bewegung setzen.

Die Majorität der Stadtverordneten wolle für die Folge auf ihren weitläufigen Gängen, wo während der letzten Extrasitzung große Finsterniß herrschte, eines ihrer dicksten Lichter in Ermangelung eines Laternenhakens mit einer eingesteckten beschriebenen Papiertülle aufhängen, damit die Zuhörer, deren Augen dieses Dunkel trotz der von Oben dekretirten, freilich nur sehr bleichen Mondscheinbeleuchtung, nicht zu durchdringen vermögen, nach dem Schlusse der Abstimmung nicht ihren Hals brechen. Sollte noch ein Mehreres geschehen, so könnten mehrere ihrer dicksten und dünnsten Lichter, in bunter Reihe an der Wand aufgehangen, daselbst flackern.

Glaubt die Majorität der Stadtverordneten denn wirklich durch Verwerfung des Antrages, die Krone zu bitten, das unvolksthümliche Ministerium Brandenburg zu entlassen und die Nationalversammlung nicht nach Brandenburg zu verlegen, der deutschen Sache der Stadt Posen gute Dienste geleistet zu haben? — Nun, dann ist sie in gewaltigem, unverzeihlichem Irrthum!

Die Majorität des preußischen Volkes und seiner Vertreter, aus deren Mitte naturgemäß bald ein neues Ministerium hervorgehen wird, fest entschlossen, diese Anträge mit Gut und Blut zu vertheidigen, werden, wenn auch in der irrthümlichen Meinung, die Stimme der Stadtverordneten sei die Stimme der ganzen Bürgerschaft, nicht gesonnen sein, solche Sorte von Deutschen, die ihnen und der Freiheit des Volkes feindlich gegenüberstehen, gegen baldige anderweitige Angriffe zu vertheidigen.

Deshalb rühre dich, Posener Bürgerschaft, daß du dir die durch diesen Beschluß der Stadtverordneten gefährdete Achtung des großen deutschen Vaterlandes wie bis jetzt auch fernerhin bewahrest!

Auf die freundliche Anfrage in No. 266.

Wenn der Fragende ein Esel ist, so hat das ausgestellte Attest eines Kurschmidts allerdings volle Gültigkeit.

Wongrowiec. M.

Antwort auf die Anfrage in No 266. der Zeitung.

Ein Kurschmidt — nach der neuen Schreibart Thierarzt — kann nur über Schweine, Ochsen, Pferde, Esel und andere Thiere Krankheits-Atteste ausstellen und wenn's geschieht, hat's nicht nur beim Land- und Stadtgericht in Rogasen, sondern bei allen Gerichten dieselbe Wirkung, wie für Menschen das Attest eines Kreis-Wundarztes. — Sollte dies der Fragesteller nicht begreifen, so muß er nothwendiger Weise krank sein, zu denjenigen Patienten gehören, die ein Kurschmidt kuriren kann und wird ihm in diesem Falle gerathen, sich an einen solchen zu wenden.

Warum werden in Schrimm nicht alle Haus- und Stallbesitzer mit Einquartierung belegt, weshalb haben namentlich auch die beiden polnischen Gastwirthe theils so sehr wenig, theils gar keine Militairpferde?

Mehrere Bürger aus Schrimm.

Cholera.

Posen, den 16. November. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 3 Personen, gestorben keine.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der Konsumtibilien für sämmtliche städtische Anstalten, bestehend:

I. aus circa 10,000 Pfd. Rind-, Kalb- und Hammelfleisch, aus circa 800 Pfd. geräucherten Speck und circa 1100 Pfd. Butter;
II. aus circa 120 Scheffel Weizenmehl, 200 Scheffel Roggenmehl, 12 Scheffel Weizengries, 18 Scheffel Heidegries, 36 Scheffel Gerstengrütze, 30 Schfl. Hafergrütze, 40 Schfl. Heidegrütze, 30 Scheffel Graupe, 30 Scheffel Hirse;
III. aus circa 10 Schock Heringen, 600 Pfd. Fadennudeln, 600 Pfd. Reis, 30 Pfd. Pfeffer, 30 Pfd. englischen Gewürze, 300 Pfd. Sago, 20 Pfd. Ingwer, 20 Pfd. Lorbeerblätter, 70 Ctr. oder 7700 Pfd. Salz, 60 Quart Essig, 12,000 Quart Bier und 800 Pfd. Perlgraupe.
IV. aus circa 56 Scheffel Erbsen, 50 Scheffel Bohnen, 10 Scheffel Möhren, 250 Scheffel Kartoffeln, 12 Scheffel grüne Bohnen, 800 Pfd. Sauerkraut, 18 Scheffel Unterrüben, 24 Scheffel Zwiebeln

sollen dem Mindestfordernden für den Zeitraum vom 1. Januar 1849 bis ultimo Dezember 1849 überlassen werden.

Zur Annahme der Gebote ist ein Termin auf den 24sten d. Mts. Vormittags 11 Uhr im hiesigen Rathhause vor dem Herrn Stadtrath Au anberaumt worden, zu welchem die Lieferungslustigen mit dem Bemerken vorgeladen werden, daß die Gebote auf einzelne Kategorien und dann auf die ganze Lieferung angenommen, und zur Licitation nur diejenigen zugelassen werden, welche die vorgeschriebene Kaution deponiren.

Im Uebrigen können die Bedingungen in unserer Registratur eingesehen werden.

Posen, den 6. November 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In der Bagatellprozeßsache Korach wider Beyer steht zum öffentlichen Verkauf von circa 50 — 60 Centner Eisen (Wageneisen) ein Termin am 5ten December d. J. früh um 10 Uhr vor unserm Deposital-Rendanten Kurzhals im hiesigen Gerichts-Lokale an, wozu Kauflustige hierdurch vorgeladen werden.

Posen, den 30. Oktober 1848.

Königliches Land- und Stadt-Gericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Dienstag den 21sten November c. Vormittags 10 Uhr sollen im Magazin No. 1. hierselbst eine Quantität Roggen-Kleie, Roggen- und Hafer-Fegekaff, Fußmehl, so wie auch einige alte Fensterflügel ꝛc., gegen gleich baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Posen, den 13. November 1848.

Königl. Proviant-Amt.